



Positionspapier der Freien Wähler Bernkastel-Wittlich zur Kommunalwahl 2024 Wahl zum Kreistag Bernkastel – Wittlich

Die Asyl- und Zuwanderungspolitik des Bundes wie auch des Landes hat zu massiven finanziellen und strukturellen Problemen in den Kommunen geführt. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, damit die Kommunen wieder der Verantwortung ihren Bürgern gegenüber gerecht werden können und nicht länger die Notstandsverwalter einer verfehlten Bundes- und Landespolitik sind. Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären Verantwortung in Deutschland gerecht werden. Politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Heimatländern eine Rückkehr zulässt. Neben einem schnellen Abschluss der Asylverfahren ist aber ebenso die rasche Rückführung abgelehnter oder straffällig gewordener Asylbewerber erforderlich. Durch wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Dieser Aspekt der Migration muss klar vom Asylrecht getrennt werden. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft auf Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten aus.

Eine unkontrollierte Migration von Wirtschaftsflüchtlingen ist abzulehnen. Hier bedarf es Verfahrensweisen, die zu einer geordneten, sich an den Bedürfnissen unseres Landes und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientierenden Zuwanderung führen. Asylmissbrauch muss hier konsequent verfolgt und bestraft werden. Bund und Land müssen die Kommunen bei der Bewältigung der durch Asylsuchende und Zuwanderer entstehenden Probleme deutlich mehr, vor allem auch finanziell, unterstützen. So muss aus unserer Sicht der Bund vollumfänglich für die Kosten der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern aufkommen. Wir machen uns dafür stark, dass bei Migranten aus EU-Ländern künftig nicht das Wohnsitzland, sondern das Heimatland für die soziale Sicherung seiner Bürger zuständig ist.

Damit müssten sich Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern beim Beziehen von Sozialleistungen an die Höhe der Sozialleistungen in ihrem Herkunftsland anpassen. Da alle EU-Mitgliedstaaten dem Sozialstaatsgebot verpflichtet sind, ist eine entsprechende Absicherung gewährleistet und gleichzeitig werden falsche Anreize unserer sozialen Sicherungssysteme beseitigt. Auch dies führt zu einer Entlastung der Kommunen. Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben, müssen wir so gut wie möglich in unsere offene Gesellschaft eingliedern. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen wir die Zugewanderten fördern, aber auch ihre Bereitschaft einfordern. Der Erwerb der Sprache, die Bereitschaft, sich für unseren Arbeitsmarkt weiter zu qualifizieren, aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, gehören zwingend dazu. Dies zu verweigern, muss ebenso zwingend Konsequenzen haben.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern:

- Schnellerer Abschluss von Asylverfahren und schnellere Rückführung von abgelehnten oder straffällig gewordenen Asylbewerbern und damit Entlastung der Kommunen
- Keine Verteilung abgelehnter Asylbewerber oder von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in die Kommunen
- Deutlich mehr finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land bei der Finanzierung von Sozialleistungen, Unterbringung und Integration der Asylbewerber und Migranten
- Anpassung der Sozialleistungen für Migranten aus EU-Ländern an die Verhältnisse des jeweiligen Herkunftslandes
- Konsequente Ahndung von Asylmissbrauch
- Wirtschaftsmigration ausschließlich unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Arbeitsmarktes zulassen, um eine Überlastung der Integrationsfähigkeiten unserer Gesellschaft und des Sozialsystems zu vermeiden
- Verstärkung der Integrationsbemühungen
- Zügige Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete im Kreis Bernkastel-Wittlich
- Verpflichtung zur Aufnahme gemeinnütziger Arbeiten, wenn diese angeboten werden
- Dezentrale Unterbringung statt Massenunterkünfte